

Posener Zeitung.

Achtundachtzigster Jahrgang.

Annoncen.
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
Willymstr. 17
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14.
In Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei A. Stresand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Annoncen.
Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei S. L. Danke & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Moos.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Mr. 740.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 21. Oktober.

Exakte 20 Pf. die sechsgespaltenen Petitzeile über deren Raum, Neklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1881.

Amtliches.

Berlin, 20. Oktober. Der König hat die Wahlen des Wirklichen Geheimen Raths und Rittergutsbesitzers v. Kölle auf Garow zum General-Landschaft-Direktor der Pommerschen Landschaft, sowie des Rittergutsbesitzers v. Blankenburg auf Zimmerhausen zum General-Landschaft-Rath bei derselben Landschaft für den weiteren Zeitraum von 1881 bis 1887 bestätigt.

Der Regierungs-Supernumerar Michalski aus Marienwerder ist als Geheimer expedierender Sekretär und Kalkulator beim Finanz-Ministerium angestellt worden.

Dem Stellmacher Niemann zu Ammendorf und dem Schmied Horn zu Bündorf ist die Medaille für gewerbliche Leistungen in Bronze verliehen.

Politische Uebersicht.

Posen, 21. Oktober.

Zur Rechtfertigung des Missbrauchs, den die Berliner antisemitischen Parteien mit dem 18. Oktober getrieben haben, beruft sich die „Nord. Allg. Ztg.“ zunächst auf die von dem Danziger liberalen Wahlkomite veranstaltete Gedenkfeier. Vielleicht führt die Zeitung den Beweis für die Richtigkeit dieses Vergleichs durch den Abdruck des Berichts der „Danziger Ztg.“ über jene Gedenkfeier. In zweiter Linie gedenkt sie der bekannten bonapartistischen Feste am französischen Nationalfeiertage des 15. August während des Kaiserreichs in Paris. Wir haben gegen diesen Vergleich nichts einzuwenden, wenn damit angebietet werden soll, daß die Kosten des loyalen Zaubers aus Staatsfonds gedeckt worden seien.

Die „Nord. Allg. Ztg.“ macht heute folgende weitere Mitteilungen über die Affaire Hobrecht:

Der Beschluß des Staatsministeriums vom 24. Januar 1879, daß das Monopol diejenige Steuerreform sei, welche die höchsten Erträge aus dem Tabak mit Sicherheit verspreche und für diese Erträge die gerechte Verteilung der Belastung gewesen wäre, ist ohne Widerbruch von irgend einer Seite gefaßt worden. Auch Herr Hobrecht hat, so lange er Minister war, diesem Beschuß weder vorher noch nachher widersprochen. Zum Überfluß ergeben auch die Vorverhandlungen dieses Beschlusses hinsichtlich der damaligen Stellung des Herrn Hobrecht zum Monopol genau dasselbe Resultat. In einem an das Staatsministerium gerichteten schriftlichen Votum vom 17. Januar 1870 hatte Herr Hobrecht gefaßt, er schließe sich dem Bericht der Enquête-Kommission dahin an, daß zur Zeit nur die Gewichtssteuer zur Einführung in Deutschland geeignet sei. Er betonte in diesem Votum das „zur Zeit“ wiederholt, ohne prinzipielle Gründe gegen das Monopol vorzubringen. Dieses Votum wurde von Fürst Bismarck in einem von Friedensrath, 20. Januar 1879, datirten Schreiben dahin aufgezeigt, daß Herr Hobrecht das Tabakmonopol nur gegenwärtig nicht wolle. Fürst Bismarck sagt in diesem Schreiben: „Ich bin mit Guter z. der Meinung, daß wir das Monopol in diesem Jahre nicht einführen können.“ Im Uebrigen spricht sich Fürst Bismarck in diesem Schreiben sehr energisch für das Monopol aus. Eine schriftliche Erwiderung des Herrn Hobrecht hierauf ist nicht erfolgt; wohl aber bemerkte Herr Hobrecht in der Staats-Ministerialstzung vom 24. Januar 1879 laut des Protokolls: er habe sein Votum vom 17. d. J. mit besonderer Begründung dem Reichskanzler überbracht und glaube mit den Zwecken und Ansichten des Letzteren ganz einverstanden zu sein.

Der an Stelle des verstorbenen Ministers v. Sick zum württembergischen Minister des Innern ernannte bisherige Präsident der zweiten Kammer, v. Hölder, war längere Zeit Advokat in Stuttgart und ein eifriges Mitglied der nationalen Partei Württembergs schon vor 1866, als viele seiner dortigen liberalen Gefährten noch Abneigung gegen Preußen hegten. Im Reichstage gehörte er bis zum Austritt der Gruppe Schauß-Volk aus der nationalliberalen Partei zu dieser. Württemberg hat ihm einen freimütigen und unbedingt nationalen Minister des Innern erhalten. Herr v. Hölder ist von Haus aus bürgerlich, sein Adel ist nur die Folge einer württembergischen Ordensdekoration.

Zur Zollrevisionsfrage in Österreich wird der wiener „Press“ aus Pest gemeldet:

Am Freitag haben hier zwischen dem Staatssekretär Matlekovics und dem handelspolitischen Referenten des österreichischen Handelsministeriums, Sektionsrath von Falchberg, dem Nachfolger Bazant's, vertrauliche Pourparlers stattgefunden, welche kein ungünstiges Resultat ergeben haben. Es wurde nämlich am Schlusse der Besprechung, in der alle Fragen von Belang durchgesprochen worden sind, konstatiert, daß eine Verständigung in Betreff der Revision des Zolltarifes kein prinzipielles Hinderniß entgegensteht. Was zunächst die Erhöhung der Finanzzölle betrifft, so hat die österreichische Regierung erklärt, im Prinzip gegen dieselbe nichts einzumenden; doch wird noch über die Differenz der Erhöhung verhandelt werden. Die ungarische Regierung verlangt die Erhöhung des Kaffeezolls auf 40 fl. was österreichischerseits als zu hoch gefunden wird; wahrscheinlich wird man sich bei 30 bis 35 fl. treffen. Was die von ungarischer Seite geforderte Erhöhung des Theezolls betrifft, so dürfte österreichischerseits dagegen kein Widerstand erhoben werden, da der Tee als kein Gegenstand des allgemeinen Konsums angesehen wird. Im Betreff der ungarischen Forderung auf Einführung eines Melzollies von 1 fl. in Gold und eines Getreidezolls von 50 Kreuzern per Meterzentner besteht zwischen beiden Regierungen keine Differenz mehr. In Bezug auf den Getreidezoll wurde übrigens einverständlich die Suspensionsregelung desfalls einer Missernte beschlossen. Bezüglich des Petroleumzolls bestehen noch Differenzen, deren Beilegung jedoch gleichfalls keinen Schwierigkeiten begegnen dürfte. Es hat sich auch zu diesem Zwecke Sektionsrath Ludwig nach Wien begeben, um mit dem dortigen Zollreferenten des Finanzministeriums zu verhandeln. Vorläufig besteht

die ungarische Regierung auf dem Zollsatz von 7 fl., der von dem ungarischen Reichstage beschlossen worden ist, während die österreichische Regierung nur 5 fl. 50 Kr. konzedieren will, wie dies der Steuerausschuß des Abgeordnetenhauses vorschlägt. Man wird nicht fehl gehen, wenn man annimmt, daß sich die beiden Regierungen bei 6 fl. begegnen werden. In diesem Falle müßte die ungarische Regierung dem Reichstage eine Novelle zu dem bezüglichen Gesetze vorlegen, was sie auch prinzipiell nicht verhorresirt. Was die Industrialzölle betrifft, so muß unterschieden werden in solche, deren Erhöhung Ungarn, in solche, deren Erhöhung Österreich, und endlich in solche, deren Erhöhung beiden Reichshälften am Herzen liegt. Diese Gruppierung ist einer Verständigung wesentlich förderlich. Was die speziell Ungarn interessierenden Industrialzölle betrifft, so heben wir insbesondere Soda hervor, bei welcher Tarifpost die ungarische Regierung, welche die Errichtung von Sodafabriken im Lande eifrig fördert, eine Erhöhung des gegenwärtigen Zolles von 80 Kreuzern per Meter-Zentner auf ungefähr das Doppelte verlangt. Auch was den Appreturzoll betrifft, wünscht die ungarische Regierung, welche Errichtung von Druckereien in Ungarn anstrebt, ein längeres Übergangsstadion als das Österreichischerseits – 1½ Jahre – intendiert wird. Darüber wird eine Verständigung wohl gleichfalls erzielt werden. Österreich interessiren in erster Linie die Wolllaaren, bei denen die Erhöhung des gegenwärtigen Zolles von 40 fl. für schwerste Ware gefordert wird. Von einer Abänderung der Klassifikation gedenkt die österreichische Regierung Abstand zu nehmen. Bei Baumwolllaaren und Garnen soll eine geänderte Klassifikation, respektive eine größere Spezifikation Platz greifen. Die ungarische Regierung setzt gegenwärtig diesen Forderungen gegen Berücksichtigung ihrer Wünsche keinen Widerstand entgegen. Was die Erhöhung der Eisenzölle betrifft, welche in der letzten Konferenz, von einem nebensächlichen Beschuß abgesehen, gar nicht in Diskussion gezogen wurde, so liegt dieselbe im Interesse beider Reichshälften, von denen jeder eine sehr entwickelte Eisen-Industrie besitzt. In den folgenden Pourparlers wurde nun eine Erhöhung des gegenwärtigen Roheisenzolles von 50 Kreuzern per 100 Kilo beschlossen. Doch wird keinesfalls dem Wunsche der Robiesen-Produzenten entsprochen und ein Zoll von 1 fl. 20 kr. fixirt werden, sondern nur eine mäßige Erhöhung Platz greifen. Dem entsprechend wird auch eine im Verhältnis zur Rohstoffzoll-Erhöhung stehende Hinaufsetzung der Zollsätze für Eisen-, Halb- und Ganzfabrikate beschlossen werden. Dies ist in großen Zügen das Resultat der letzten Besprechungen.

Da die Absichten der beiden Regierungen seit Bazant's Rücktritt schon bekannt waren, so haben die kleinen Eisen-Industrien in Oberösterreich und Steiermark eine Bewegung organisiert, deren Zweck ist, zahlreiche Petitionen gegen die Erhöhung des Hoheisenzolles zu Stande zu bringen und dem Abgeordnetenhaus zu überreichen.

Das Ministerium Ferry wird den ersten Sturm nicht, wie man bisher allgemein glaubte, in der Deputirtkammer, sondern im Senat zu bestehen haben. Während nämlich die Kammer in ihren ersten Sitzungen mit den Wahlprüfungen beschäftigt sein wird, wird im Senat schon am 28. Oktober eine Interpellation wegen der gesammten Amtsführung des Kabinetts eingebrochen werden.

Man spricht von einer neuen Unterredung, welche demnächst zwischen Grévy und Gambetta stattfinden und in der Beschlüsse hinsichtlich der Kabinetskrise gefaßt werden sollen. Über die erste Unterredung zwischen Grévy und Gambetta kann der „Télégraph“ folgende Einzelheiten als zuverlässig mittheilen:

Um dem Gespräch sogleich einen gemüthlichen und intimen Charakter zu geben, begann Herr Grévy damit, daß er Herrn Gambetta die Vermählung seiner Tochter angezeigt: Herr Gambetta hätte, fügte der Präsident hinzu, schon längst eine Einladung zu diesem Familienfest erhalten, wenn er sich nicht eben auf einer Reise im Ausland befunden hätte. Das Gespräch bewegte sich dann einige Augenblicke um den Aufenthalt des Herrn Gambetta in Deutschland. Nun kam Herr Grévy auf die politische Lage zu sprechen. Er zeigte auseinander, daß dieselbe etwas zweideutig wäre und daß es nötig schiene, sie sobald wie möglich klarzustellen. Mehrere politische Persönlichkeiten hätten gegen ihn die Ansicht geäußert, daß es unmenschenswert und geboten sei, Herrn Gambetta an die Spitze der Geschäfte zu berufen. Er wollte ihn hierüber zu Ratthe ziehen. Herr Gambetta erwiederte, daß die parlamentarische Lage in der That leicht eine Regierungsveränderung erlauben könnte, daß aber der Präsident der Republik sich über diese Notwendigkeit erst nach den ersten Debatten der neuen Kammern werde ein sicheres Urteil bilden und dann einen Entschluß fassen können. Herr Grévy hatte gegen die von Herrn Gambetta geäußerten Ideen im Allgemeinen nichts einzumenden, meinte aber, daß sie bald Gelegenheit haben würden, sich wieder zu sprechen, und Herr Gambetta erwiederte, daß er stets zu seiner Disposition steht.

Die pariser Blätter bringen eingehende Berichte über das revolutionäre Volksmeeting, das am 16. d. in Tivoli-Bauhall in Paris unter Beteiligung von etwa 3000 Personen stattfand:

Zum Vorstehenden wurde unter lärmenden Hochrufen auf die Komune der General Guérard ernannt. Zuerst verlas er eine Reihe von Zuschriften auswärter sozialdemokratischer Vereine, darunter auch eine solche aus Deutschland, welche die Aufhebung aller Landesgrenzen und die Verbildung der Völker verlangte. Dann unternahmen mehrere Redner, die aber auf die Zuhörerschaft nur geringen Eindruck machten, eine wütige Kritik des jetzigen Regimes, gemütht mit den üblichen Schmähungen gegen Gambetta, „den Tyrannen, Präster, Räuber und Mörder.“ Es wurde im Saal nicht eher still, als bis Louise Michel in ihrer leidenschaftlichen Weise das Wort ergriff, ihr Evangelium von der allgemeinen Umwälzung über Leichen und Blutlachen hinweg predigte und den „Banditen“ Gambetta samt den Banditen, die ihm die Stange halten, „für vogelfrei, hors la loi et hors l'humanité“ erklärte. Je mehr sie sich ereiferte, desto wütender brüllte die fanatische Menge Beifall. Ihr folgte der nicht minder redgewandte Journalist Emile Gautier, welcher sich vornehmlich an die soziale Frage hielt und im Namen des Proletariats den

Bestehenden den Krieg erklärte. Es waren noch elf andere Redner eingeschrieben, allein die Versammlung beschloß, zu den Resolutionen überzugehen, die im Wesentlichen auf die Notwendigkeit, Gambetta und das Ministerium in Anklage zu stellen, zu verjagen, hinauszuliefern. Man schien im Saale zu erwarten, daß Louise Michel ihre Freunde zu einer Promenade nach dem Elysée auffordern würde; allein der Anblick der zahlreichen längs der Rue de la Douane bis zur Place de la République aufgestellten Stadtgeraden mochte den streitbaren Patrioten denn doch einige Bedenken eingesetzt haben, da sie es vorzogen, ganz geräuschlos lauseinander zu gehen. Das Meeting hatte von 2 bis 4 Uhr gewährt; unter den Anwesenden war, nach dem äußeren Habitus zu urtheilen, die Zahl der den besseren Ständen Angehörigen, die nur aus Neugier erschienen waren, viel größer, als die der Blousemänner oder Proletarier.

Das seit Monaten umgehende Gespräch von einer Begegnung zwischen König Humbert und Kaiser Franz Joseph tritt wieder in den Vordergrund und nimmt bestimmttere Formen an:

Die Begegnung soll, wie die „Tribüne“ meldet, an der österreichisch-italienischen Grenze stattfinden und der italienische Botschafter Graf Nobilant soll den Auftrag haben, nach seiner Rückkehr nach Wien alles Nötige über Ort und Zeit zu vereinbaren. Graf Nobilant scheint seinen Ferienaufenthalt in Italien in der That dazu benutzt zu haben, um eine Entrevue vorzubereiten. Nachdem der Plan eine Zeit lang geruht, scheint er neuerdings ernstlich wieder aufgenommen zu sein. Graf Nobilant kam in der vorigen Woche von Neapel nach Rom und hatte dort eine lange Konferenz mit dem Minister des Außenmannes Mancini. Letzterer brief hierauf, in Abwesenheit von Depretis, schleunig einen Ministerrat, in welchem die auswärtige Politik Italiens und besonders dessen Verhältnis zu Österreich berathen werden soll. Nach weiteren Besprechungen mit Mancini begab Nobilant sich am 16. Oktober zum König nach Monza, von wo er, wie ein Wolffsches Telegramm meldete, „nach Einholung der Befehle des Königs sich sofort nach Wien begeben“ sollte, wo er inzwischen bereits eingetroffen ist. „Schon diese ungewöhnlich lebhafte Bewegung, wie die berliner „Tribüne“ meint, deutet darauf hin, daß zwischen den Kabinetten und Höfen von Rom und Wien etwas vor geht, und es steht zu uns sonst zu den Gerüchten über diese Begegnung verhalten haben, so können wir sie diesmal doch nicht abschweigen, zumal sie jetzt weit schlichter und bescheidener auftreten als früher. Es ist nicht mehr von einem förmlich und feierlich inszenierten Besuch des Königs Humbert in der Wiener Hofburg, sondern nur von einer mehr gelegentlichen Begegnung an der Grenze die Rede; die Notwendigkeit einer weiteren Reise des Königs nach Wien und alle damit zusammenhängenden Argumente, die früher gegen das Projekt vorgebracht wurden, würden damit hinfällig werden. Um die Einleitung irgend einer großen Aktion, um den sofortigen Anschluß Italiens an das deutsch-österreichische Bündnis könnte es sich bei einer so eingeschränkten Entrevue natürlich nicht handeln, dennoch würde dieselbe als vorbereitender Akt, als ein weithin sichtbares Symptom sowohl für Italien als für Österreich-Ungarn von großer Bedeutung sein. Der Schritt des Königs Humbert würde allgemein als eine entschiedene Absehung an die Bestrebungen der Friedenta angesehen werden und daher eine Verbilligung für Österreich, für Italien aber ein Heraustreten aus der seitherigen Isolirung bedeuten. Daß übrigens eine Annäherung an Österreich gegenwärtig in Italien sehr populär sein würde, kann nach den Erfahrungen, die das Land in jüngster Zeit gemacht, kaum zweifelhaft sein. Die Kundgebungen in diesem Sinne mehren sich zusehends.“

Auch die „Söln. Ztg.“ hält die Meldung über eine bevorstehende Begegnung zwischen dem Kaiser Franz Joseph und dem König von Italien für sehr wahrscheinlich. Sie sagt:

In ungarischen Kreisen will man wissen, daß die Begegnung jedenfalls stattfinden werde, und daß schon nächstens, d. h. nach der Rückkehr des Grafen Nobilant nach Wien, die „offiziellen“ Schritte erfolgen werden; bis jetzt sind die Besprechungen nur auf vertraulichem Wege geführt worden. Wenn Kallay längere Zeit die Leitung der auswärtigen Politik führt, so wird die Begegnung um so eher stattfinden, da er ein warmer Freund Italiens ist und auf die steinzeitlichen Beziehungen Österreich-Ungarns und Italiens besonderes Gewicht legt.

Ein römisches Telegramm meldet:

In einer vor seinen Wählern in Chioggia gehaltenen Rede hat der Deputierte Parenzo betont, daß die Politik Italiens auf die Erhaltung des Friedens und auf eine Allianz mit Österreich-Ungarn und mit Deutschland gerichtet sein müsse.

Die Abwendung von Frankreich macht in Italien sichtliche Fortschritte.

In derselben Angelegenheit gehen uns aus Wien folgende telegraphischen Meldungen vom 20. d. zu:

Das „Fremdenblatt“ schreibt: Graf Nobilant, welcher einige Tage am Hostler in Monza weilte und gestern hier eintraf, ist Abends nach Pest abgereist, von wo er bereits heute Nacht zurück erwartet wird. Es könne für Niemand, der über die Anschauungen der hiesigen maßgebenden Kreise unterrichtet ist, einem Zweifel unterliegen, daß falls Graf Nobilant eine auf den eventuellen Besuch des Königs Humbert bezügliche Anfrage überbringt, die Antwort in freundlich bejahendem Tone aussallen werde.

Wie die „Polit. Korresp.“ mitteilt, ist der italienische Botschafter am hiesigen Hofe, Graf Nobilant, in der Angelegenheit einer Entrevue zwischen dem Kaiser von Österreich und dem König von Italien heute vom Kaiser Franz Joseph in Gödöllö empfangen worden und durfte sich derselben alsdann nach Deutschland begeben.

Während der „Gefangene des Patrikans“ sich eben anschickte, den aus ganz Italien zusammengeströmten 3000 Pilgern in der Peterskirche sich zu zeigen mit all dem langaufgeparten Brummen, den die Kirche bei solchen Anlässen aufzubieten vermag, ist aus der nächsten Nähe des Papstes eine Schrift ausgegangen, die ein neues Anzeichen für die in seiner Umgebung einreichende Unabhängigkeit oder, wenn man will, Disziplinosigkeit ist:

Wenige Wochen sind es her, daß ein päpstlicher Kammerherr und Domherr, Graf Campello, zum Protestantismus übergetreten ist, weil er die Feindschaft des Papstes gegen Italien für unheilvoll hielt. Jetzt hat das bekannte Buch des Paters Curci, welches die Auslöhnung Roms mit Italien und mit der modernen Gesellschaft empfiehlt, einen offenen Vertheidiger gefunden in einem Hausprälaten des Papstes. Curci verlangte in erster Linie rückhaltlosen Verzicht auf die Wiederherstellung des Kirchenstaates. Der Papst verurtheilt die Schrift und der im Jesuitenorden erzeugte Verfasser beeile sich, den geforderten Widerruf zu leisten. Aber der Gedanke selbst hat damit nicht ausgelöscht, noch sein Fortwirken erhindert werden können. Die Verurtheilung des Buchs durch den Papst hat einen seiner Hausprälaten nicht abgehalten, in öffentlicher Schrift und in noch weit rückhaltloser Sprache sich zu denselben Ideen zu bekennen. Es ist der Monsignore Giambattista Savarese, der früher schon einmal eine Schrift schrieb: „Die christliche Idee der Politik und der katholische Clerus als Volksfreund“, und der jetzt eine neue Schrift (bei Morano, Neapel) hat ausgeben lassen unter dem Titel: „Die moderne Zivilisation, wider die Entgegnerung auf (Curci's) „Das neue Italien und die alten Eiferer“. Der Hauptprälat Sr. Heiligkeit beginnt mit der unerschrockenen Erklärung, daß am 20. September (Einzug der Italiener in Rom im J. 1870) die moderne Zivilisation tatsächlich und definitiv über das alte System gesiegt habe, an dem unser gegenwärtiges Geschlecht durch herkömmliche Geduld und alte Gewöhnung gehängt sei. Der Kirche brauche kein anderes Recht zu verbleiben, als das: durch das Beispiel zu erbauen, mit dem Wort des Lebens und mit den Sakramenten die Heiligung zu bringen und mit werktätiger uneigennütziger Liebe wohlzuthun. Dieses System, fährt Mons. Savarese fort, wäre bei uns eine Thatsache, wenn nicht unter uns eine freche (procace) Konsorterie von Janitern aufgestanden wäre, welche, die durch die weltliche Gewalt gebrachten Begierden und Leidenschaften benützend, mit dem Hirngeist der Restauration sich der Kirche bemächtigte und unter uns die unermessliche moralische Zerrüttung (scampiglio) verursachte, welche Federmann sieht, Federmann besagt. Durch diese ist es so weit gekommen, daß ein patriotischer Italiener nicht zugleich ein guter Katholik sein kann, daß man ausgeschlossen von der geistigen und politischen Bewegung des Vaterlandes bleiben muß, so weit, daß von der kirchlichen Behörde die öffentlichen Gebete für den eigenen König und die anderen Staatsgewalten unterlagt sind, jene Gebete, zu denen der Apostel Paulus selbst für die heidnischen, feindlichen, verfolgungssüchtigen Könige und Gewalten aufforderte.“

Das Buch ist, wie man sieht, ein Anzeichen der fortlaufenden Bewegung und Gährung innerhalb der kirchlichen Kreise, ein Anzeichen zugleich, wie wenigstens bei den Italienern die Vaterlandsliebe sich zu regen beginnt gegen die politische Haltung des Papstes, und der „Diritto“ wird Recht haben, wenn er sagt, dieser Protest eines Prälaten, der sich als Katholik fühlt und Katholik bleibt, werde noch wichtiger und eindringlicher sein, als das Beispiel des Mons. Campello, welcher die Kirche verließ.

Nach Moskauer und Petersburger Meldungen steht die Krönung des Zaren für den Monat April 1882 in Aussicht. Zu diesem Termin ist von dem Hofministerium ein goldener Galawagen und entsprechendes Pferdegespärre im Betrage von mehreren Hunderttausend Rubeln bestellt worden. Die Mitglieder der Krönungskommission sind, wie der „Press“ aus Moskau telegraphisch gemeldet wird, bereits ernannt und haben sich dort zeitweise aufgehalten, um an Ort und Stelle die Anordnungen zu treffen.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 20. Oktober. Die Beharrlichkeit, mit welcher das Archiv des Staatsministeriums ausgenutzt wird, um Herrn Hobrecht als Anhänger des Tabakmonopols darzustellen, wird, wohl mit Recht, als Gradmesser des Missvergnügens betrachtet, welches Herr Hobrecht als Finanzminister dem Fürsten Bismarck erregt hat. Einzelne Ursachen desselben, wie die Vereinbarung über die „konstitutionelle Garantie“, die Aeußerung über die „Zukunftsansicht“ — wie der Finanzminister gewisse Steuerreformpläne des neben ihm sitzenden Reichskanzlers nannte — sind allgemein bekannt; auch daß er nach dem Nobiling'schen Attentat im Staatsministerium gegen die Auflösung des Reichstags stimmte, wird in dieses Kapitel gehören. Es scheint aber, daß noch andere Vorfälle ähnlicher Art, welche weniger bekannt geworden sind, zu der Erzeugung der Stimmung beigetragen haben, welche jetzt zu so merkwürdigem Ausdruck kommt. Man sagt, daß die Art, wie Fürst Bismarck und Herr Hobrecht im Juli 1879 auseinandergingen, ganz im Einklang mit dem wenig harmonischen Zusammenwirken der beiden Männer gestanden haben soll. Der spezielle, unmittelbare Anlaß zum Rücktritt des Finanzministers damals, zwischen der zweiten und dritten Lesung des neuen Zolltariffs, ist niemals recht klar geworden. Die ganze politische Lage, wie sie sich durch das Scheitern der Verständigung mit den National-Liberalen über die Finanzsätze, durch das Frankensteinsche Kompromiß, durch die Verdoppelung des Roggenzolls, welche privatim vereinbart worden war, gestaltet hatte, war allerdings so sehr dazu angethan, alle freisinnigen Mitglieder des Ministeriums zum Rücktritt zu veranlassen, daß ja in der That damals außer Hobrecht auch Falk und Friedenthal ausschieden. Über der erstere reichte seine Entlassung früher ein, als die beiden anderen, und zwar sehr abrupt, nach einer Unterredung mit dem Kanzler; man sagt jetzt, daß es in derselben ziemlich lebhaft zugegangen sei. Während es damals vielfach hieß, die Frage des Tabakmonopols habe den Bruch herbeigeführt, ohne daß dies nach der damaligen Lage der Dinge — man hatte sich soeben über die Steuersätze der neuen Gewichtsabgabe verständigt —, recht verständlich war, kann man es sich jetzt leichter erklären. Da der Reichstag diese Sätze gegenüber der Regierungsvorlage herabgemindert hatte, so wird Fürst Bismarck Herrn Hobrecht an dessen, jetzt mit so viel Nachdruck konstatierte Aeußerungen zu Gunsten des Monopols erinnert und seine, des Kanzlers, Absicht erklärt haben, dasselbe alsbald von Neuem auf die öffentliche Tagesordnung zu stellen. Wenn Herr Hobrecht, wie man zu seiner Rechtfertigung gegenüber den offiziösen Angriffen annehmen will, im Staatsministerium den Fürsten Bismarck „dilatorisch“ behandelt hatte, so mußte es den Finanzminister allerdings über die Miflichkeit dieser Taktik belehren, wenn er im Juli 1879 plötzlich beim Wort genommen wurde. Die jetzige Vermuthung, daß dies damals geschehen, paßt sowohl zu der damaligen Unklarheit über den speziellen Anlaß des Rücktritts Hobrechts, als zu den jüngsten Enthüllungen. Als

ein kleiner Zug, der in diesem Gemälde nicht fehlen darf, ist noch hinzuzufügen, daß Herr Hobrecht, dem seine Freunde eine Zukunft als Minister zutrauen, als persona grata beim Kronprinzen gilt.

Konservative Wählerversammlung.

In Folge des öffentlichen Aufrufs, welchen das „deutsche Wahlkomite“ des Stadt- und Landkreises Posen an die deutschen Wähler „gemäßigt liberaler“ und konservativer Richtung in Stadt und Landkreis Posen zur Verathung über die Aufstellung eines Kandidaten für die Wahl zum deutschen Reichstag gerichtet, batten sich gestern Abends 8 Uhr im Lambert'schen Saale ca. 500 Wähler versammelt. Vor Gründung der Versammlung, in welcher vornehmlich der Beamtenstand stark vertreten war, während von israelitischen Wählern der Stadt nur einige wenige, z. B. Kaufmann Hermann Rosenthal, anwesend waren, wurde eines der bekannten konseriativen Flugblätter, welche in Berlin gedruckt sind, verbreitet; dasselbe sucht unter der Überschrift „Schutz der nationalen Arbeit“ den Nachweis zu führen, daß die seit 1879 bestehende Zoll- und Wirtschaftspolitik die deutsche Arbeit schütze.

Die Versammlung wurde 8½ Uhr Abends im Namen des Wahlkomites durch den Rittergutsbesitzer v. Treckow-Radojew eröffnet. Derselbe brachte ein Hoch auf den Kaiser aus, in welches die Versammlung begeistert mit einstimmte, und führte alsdann etwa Folgendes aus: Es sei der Versammlung wohl bekannt, aus welchen Gründen der frühere deutsche Wahlverein in der Stadt Posen auseinander gegangen sei. Nachdem die Fortschrittspartei sich zusammengethan, habe sich die Nothwendigkeit herausgestellt, die übrigen Elemente in einem Mittelpunkte zu sammeln; zu diesem Bebufe sei unter Hinzuziehung des Landkreises Posen der „deutsche Verein“ gebildet worden. Wenn man diesem den Vorwurf macht, derselbe sei konservativ, so zeige das Programm desselben, daß dies nicht der Fall sei; der Verein sei vielmehr anti-fortschrittlich und bestrebt, die gemäßigt liberalen und konseriativen Elemente unter einer Fahne zu sammeln. Nachdem nun vor 8 Tagen eine Vorversammlung von Vertrauensmännern anberaumt worden, um für eine Wählerversammlung einen Reichstags-Kandidaten in Vorschlag zu bringen, sei in jener Versammlung einstimmig beschlossen worden, einen Kandidaten gemäßiger Richtung, den Landrat a. D. Herrn v. Wilamowitz-Möllendorf, aufzustellen. Der demselben gemachte Vorwurf, er sei ein Hochconservativer, sei nicht gerechtfertigt; in einer Versammlung von Konservativen würde vielmehr Herr v. Wilamowitz als zu weit links stehen betrachtet werden. Bei der bevorstehenden Reichstagswahl komme es darauf an, daß wir uns als deutsche Männer zeigen, die im Osten des Vaterlandes ihre Pflicht zu Ihnen gesonnen sind; und gerade in der Provinzial-Hauptstadt sei es nicht gleichgültig, was bei den Wahlen geschieht. Der deutsche Verein habe sehr bedauert, daß denselben von israelitischen Bürgern nicht mehr beigetreten sind; die Schuld liege jedenfalls darin, daß von fortschrittlicher Seite der Verein stets als ein konservativer bezeichnet werde. Es sei dies ein Spielen mit dem Feuer, indem unsere israelitischen Bürger glauben, daß die Regierung stark genug sei, sie vor ihren Feinden zu schützen. (Beifall.)

Herr v. Wilamowitz-Möllendorf ergriff hierauf das Wort, um seine politischen Standpunkte darzulegen, und führte etwa Folgendes aus: Wenn eine so ansehnliche Zahl von achtbaren Bürgern einer Stadt, der er seit einiger Zeit angehört, an ihn den Wunsch richte, eine Kandidatur anzunehmen, und ebenso von den Bewohnern des Landkreises, den er schon zwei Mal im Abgeordnetenhaus vertreten, an ihm dieser Wunsch gerichtet werde, so sei es seine Pflicht, denselben zu erfüllen. Um seinen politischen Partei-Standpunkt klar zu legen, dazu bieten die Fraktionen der parlamentarischen Körperschaften keinen Anhalt, da dieselben sich in steten Flüssen befinden und z. B. weder die neuconservative, noch die nationalliberale Partei in der bisherigen Gestalt mehr existieren. Die Strömung, welche diese andauernden Veränderungen hervorbringt, habe eine bestimmte Richtung, nämlich zu den Extremen hin. Er (Redner) folge nicht dieser Richtung; er bilde sein Urtheil nicht aus der Parteidotoren, sondern aus dem praktischen Leben. — Wenn es sich nun speziell um die Reichstagswahl handelt, so sei zunächst die Reichspolitik ins Auge zu fassen. Noch niemals habe es einen Zeitpunkt gegeben, in welchem der Deutsche mit mehr Stolz seine Blicke ringsum wenden könnte, als gegenwärtig (Beifall); Aufgabe des deutschen Reichs sei es, der Wächter des europäischen Friedens zu sein. Daß dies erreicht worden ist und wessen Verdienst dies gewesen, das wird in seiner vollen Bedeutung erst von der Nachwelt vollständig gewürdigt werden. Die Grundlage aber, worauf diese Stellung des deutschen Reichs beruht, sei unsere Heeresverfassung und Armee; diese Heeresverfassung habe während der Konfliktzeit unter Kaiser hergestellt und durch die Erfolge der Kriege von 1864, 1866 und 1870/71 sei diese Heeresverfassung erprobt worden. Sollte es der Fortschrittspartei gelingen, diese Verfassung durch Abkürzung der Dienstzeit und durch Lockerung der militärischen Disziplin zu erschüttern, dann würden die Feinde des deutschen Reichs und die Sozialdemokratie jubeln. (Beifall.) Es sei also Aufgabe der Volksvertretung, dahin zu wirken, daß die Heeresverfassung intakt bleibe. — Ein zweiter Punkt der Reichspolitik betreffe das Verhalten der Regierung zur römischen Kirche. Der „Kultuskampf“ habe seinen Schluß zwar vornehmlich in der preußischen Landesvertretung gehabt, könne aber bei Betrachtung der Reichspolitik nicht bei Seite gelassen werden. Nichts könne einen läglicheren Eindruck machen, als wenn jemand sagt: Fürst Bismarck gehe nach Kanossa. Niemand könne dies dem Reichskanzler zutrauen; man müsse vielmehr das feste Vertrauen haben, daß der Kampf mit der Kurie nicht zum Nachtheil des Staates sein Ende erreichen werde. — Ein dritter Punkt der Reichspolitik betreffe die Handels- und Zollpolitik, und es sei als eine hoch erfreuliche Thatsache zu verzeichnen, daß diese für die überseeischen Beziehungen Deutschlands in bester Weise eingetreten ist. — Im Uebrigen bilde die Zollpolitik einen Theil der Wirtschafts- und Steuerpolitik, über welche vom Redner vor einiger Zeit im deutschen Verein ein Vortrag gehalten worden sei, so daß er sich demnach hierüber kurz fassen könne. Er sei weder ein radikal Freihändler, noch ein enragierter Schutzzöllner, und ebenso wenig wolle er die direkten Steuern befeitigt wissen. Er wünsche, daß der neu eingeführte Zolltarif bestehen bleibe, und wo es nötig sei, verbessert werde; er wolle, daß das fundierte Einkommen mehr zur Besteuerung herangezogen werde, als das nicht fundierte, ebenso das Einkommen mehr als das wechselnde, aus der Arbeit sich ergebende. Vor Allem aber halte er eine zweckmäßige Ausnutzung der indirekten Steuern für notwendig, wozu schon die Notlage der Gemeinden treibe. Was nun die einzelnen Besteuerung obiette betrifft, so eigne sich seiner Ansicht nach zur Besteuerung am besten der Tabak, und er erläßt hiermit, daß er für das Tabakmonopol sei. Die bedeutenden Überschüsse, welche sich aus demselben ergeben, müßten zur Entlastung der Gemeinden, zur Hebung des Volksschulmeisters, zur Verbesserung der Kommunikationsmittel verwendet werden. — Wenn auf diese Weise die Gemeinden besser gestellt werden, so werde auch eine Besserung auf sozialem Gebiete erfolgen können. Die wiederholten Attentate auf den Kaiser von Russland und auf unseren Kaiser sind die Symptome einer hochgefährlichen Bande von Mördern und Hochverrätern, welche Alles, was wir von Gesellschaft und Kultur besitzen, zu vernichten bestrebt sind. Wenn wir hier diese Symptome auch nicht so nahe vor uns haben, so dürfen wir die Sache doch nie aus den Augen verlieren. Daß das Sozialistengesetz notwendig war und Gutes gewirkt hat, sei anzuerkennen, und man müsse dafür sein, daß es fest und gerecht gehandhabt werde. — Aber schon bei Berathung dieses Gesetzes sei anerkannt worden, daß die bloßen Repression-Maßregeln gegenüber der sozialistischen Bewegung nicht ausreichen. Die Ursache des vorhandenen Nebels, der Korruption

und der Unzufriedenheit unter der Arbeiter, sei vornehmlich in der Gründung und in dem Krach des vorigen Jahrzehnts zu suchen; das wir aber Derartiges erleben könnten, das sei durch das Altzeitgesetz ermöglicht worden. — Ein Stand, welcher schon lange französischer Handwerkerstand, verlange, daß etwas für ihn geschehe. Auf Anregung der konservativen Partei sei nur im vorigen Jahre die Novelle zu der Gewerbeordnung zu Stande gekommen; dieselbe werde hoffentlich dahin wirken, daß der Handwerkerstand wieder fittich tüchtig werde. Unzweifelhaft wird der Staat gewähren, was von dem Handwerkerstande zur Befreiung seiner Lage verlangt werden wird, soweit es nur der Gesamttheit so nützlich ist, wie dem einzelnen Stande. — Auch auf dem von dem Gesetz über den Unterstützungswohnsitz behandelten Gebiete bleibe noch sehr viel zu thun übrig. Das Bettler- und vagabondenmense nehme zu, die Gefängnisse füllen sich und die Verbrechen mehren sich. Die Gesetzgebung müsse derartig beschaffen sein, nicht daß sie dem Arbeitsschweine eine Erleichterung schaffe, sondern daß sie ihm zeige: auch er müsse, was ja die Bestimmung des Menschen ist, im Schweiße seines Angeichtes sein Brod verdienen. (Beifall.) Den Kommunen, der Vereinstätigkeit, der Kirche bleibe auf diesen Gebieten noch viel zu thun übrig. — Im letzten Reichstage sei für die Initiative des Reichsfanglers der Entwurf zum Arbeiter-Unfall-Berichtigungsgesetz eingebracht worden. Da die Sache vollkommen neu und von außerordentlicher Tragweite sei, so habe wohl noch Niemand sein Urtheil darüber abliegen können; ebenfalls rufe das bisherige Haftpflichtgesetz fortwährende Streitungen und Prozesse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hervor. Das von der Reichsregierung zu dem Gesetzentwurf vorgelegte statistische Material, die Motive etc. genau zu prüfen, werde die Aufgabe jedes Volksvertreters sein. Für den Redner sei hierbei ein Gesichtspunkt entscheidend: die Hilfe, welche dem Arbeiter gebracht werden sollte, müsse vor Allem auf die Erhöhung der fittlichen Tüchtigkeit der Arbeiter gerichtet sein. — Der Redner erklärte nochmals, er sei weder ein radikal Freihändler, noch ein enragierter Schutzzöllner etc., er sei vielmehr für eine praktische Prüfung aller dieser Fragen. Seiner Ansicht nach befindet sich gegenwärtig die Regierung auf dem Wege des rechten und besonnenen Fortschritts. Befürworter und Landmann sollten, um die Regierung in ihren Bestrebungen zu unterstützen, sich die Hand reichen, auf daß unser engeres Vaterland, als Eckstein des deutschen Reiches, immer mehr gedehe, und ein jeder Deutscher, wie einst der Römer sein: Civis Romanus sum aussprach, mit Stolz sagen könne: Ich bin ein Deutscher! (Lebhafte Beifall.)

Der Vorsitzende richtete hierauf an die Versammlung die Frage, ob aus der Mitte derselben eine andere Kandidatur in Vorschlag gebracht werde. Nachdem dies nicht geschehen war, erklärte sich die Versammlung mit allen gegen 6 Stimmen mit der Kandidatur des Herrn v. Wilamowitz-Möllendorf einverstanden.

Redakteur Bode beantragte alsdann, die Versammlung möge sich mit der Abwendung des nachstehenden Telegramms an den Fürsten Bismarck einverstanden erklären: „500 am heutigen Tage versammelte gemäßigt liberale und konservative Wähler des Stadt- und Landkreises Posen erblickt in der nationalen Wirtschaftspolitik der Reichsregierung das Heil des Vaterlandes, und senden mit tief gefühlter Dankbarkeit ihren ehrerbietigen Gruß.“ Der Antrag wurde mit Beifall angenommen.

Nachdem auf Antrag des Vorsitzenden die Versammlung Herrn v. Wilamowitz-Möllendorf ihren Dank durch Erheben von den Sitz ausgesprochen, gab dieser das Versprechen, das ihm geschenkte Vertrauen zu erfüllen etc. Damit erreichte die Versammlung, welche 8½ Uhr Abends eröffnet worden war, nach 9½ Uhr ihr Ende.

Hochverratsprozeß.

Leipzig, 18. Oktober. Rechtsanwalt Eyrich führt aus: Nach dem Überweisungsbeschuß sind die Angeklagten verdächtig, durch Bildung von Gruppen Kadres der erwarteten Revolution in § 86 verüben zu haben. Werden hier alle Voraussetzungen des § 86 erfüllt? Er glaubt: nein! Der Angeklagte muß den festen Entschluß gehabt haben, an dem Verbrechen teilzunehmen. Erforderlich ist es, daß sich der Angeklagte ein bestimmtes Bild von dem Verbrechen macht. Nun sollen die bestimmten Umrisse in der „Freiheit“ gegeben werden sein. Wenn das der Fall, dann kann man darauf doch nur einen Rückschluß auf Most, und nicht auf die Angeklagten, auf die Leute, ziehen. Der Vertheidiger geht sodann auf die Jacobi belastende Anklage über, weiß im Allgemeinen nach, daß derselbe sich des im § 86 des Str.-G.-B. näher geschilderten Verbrechens nicht schuldig gemacht habe, und beantragt dessen Freispruch. Sollte aber die Annahme, es bestand eine geheime Verbindung, der Angeklagter angehöre, als Thatsache genommen werden, dann werde auf die Untersuchungshaft Rücksicht zu nehmen sein. Richtersteiger wurde am Bahnhof verhaftet, als er an einer Konferenz teilnehmen wollte. Beweisen ist nicht, daß er gewußt hat, was verhandelt werden würde. Auch für ihn beantragt der Herr Vertheidiger die Freispruch ev. Anrechnung der Untersuchungshaft. Die Aussagen des Zeugen Hirsch will ich nicht weiter berühren; der Mann ist mir höchst unangenehm. Und doch ist auf Grund derer Mahr mit in die Untersuchung verwickelt worden. Der Untersuchungsrichter Hollmann sagte: „Ich hielte Mahr für eine ehrliche Natur, mit dessen Namen Missbrauch getrieben werden.“ Er hat die „Freiheit“ nicht gelebt, nur ein einziges Exemplar erhalten. Die Entscheidbarkeit, mit der Mahr beteuert, der revolutionären Tendenz nicht zuzuhören, läßt an seiner Betreuung nicht zweifeln. Für ihn, sowie für Boell beantragt der Vertheidiger Freispruch.

Rechtsanwalt Dr. Fels, Vertheidiger von Davos, Waterstraat, Meskow und Martha Legel: Ich werde für die Angeklagten, die ich vertrete, Freispruch beantragen und zwar aus vollster Überzeugung. Auf das faktische Material werde ich zurückgreifen, kühl und ruhig. Ich protestiere gegen eine Gemeinschaft meiner Klienten mit den Frankfurt-Darmstädter Angeklagten. Lange hat man vergeblich nach Beweisen für eine Verbindung geforscht. Beträchtet man die Berliner Angeklagten isolirt, so läßt sich eine vorbereitende Handlung zu einem hochverrätherischen Unternehmen nicht annehmen. Über den Zeugen Schnizer will ich nichts sagen, sondern dessen Aussagen mit einem Schleier bedecken. In Bezug auf Meskow fehlt der objektive Tatbestand. Er hat nicht in die Alexanderfaserne Flugblätter geworfen, noch dieselben verbreiten wollen. Die von ihm abgesandten fünf Briefe waren nicht an Soldaten der Alexanderfaserne, sondern an solche des Bezirks-Kommandos gerichtet. Es ist aber seine Person des Soldatenstandes aufgerichtet worden, nur den Versuch dazu könnte man annehmen und ein solcher Versuch ist nicht strafbar. Eine Verbreitung, wie sie das Sozialistengesetz annimmt, ist auch nicht vorhanden. Röller hat von Waterstraat gesagt, daß dieser manchmal dumme Neuerungen Anderer gern zuschreibt, damit brüstet. Mit seinen Ansichten stand er, wie Zeuge Röller ebenfalls mittheilte, isolirt da. Polizeirath Krüger ist wohl etwas zu leichtgläubig gewesen, wenn er es für ernst nahm, Waterstraat wollte den Reichstag in die Luft sprengen. Er wollte auswandern, die betr. Karte befindet sich in meinen Händen. Wie kann Derselbe, der die ernsthafte Absicht auswandern hatte, hochverrätherische Pläne gehabt haben? Die als Belastungsbeweise aufgeföhrten „Kästner“ nehmen nur auf die erhobene Anklage Bezug. Dynamitpatronen u. s. w. sollen nach den Aussagen der genannten Zeugen Schnizer vorhanden gewesen sein, aber daß sie vorhanden waren, ist überall nicht nachgewiesen. Wie kann man vielbestrafte Verbrechern — mehreren Zeugen — handgreifliche Märchen glauben? Gruppen im Mostischen Sinne haben in Berlin nicht bestanden. Die Angeklagte Legel hat extreme Ansichten. Das Dynamitlied hat sie so entzückt, daß sie es abschrieb, als handele es sich um eine Herrlichkeit von Diamanten. Auch hatte sie es wohl auf Waterstraat, einem vielversprechenden jungen Mann abgeschrieben. Darin, daß sie für die Ringius einen Brief entgegennahm, liegt nicht der Beweis irgend einer Schuld. Ist Angeklagter Meskow auch mit Most in Verbindung getreten, so liegt doch weiter nichts vor, als Aus-

tausch von Meinungen und Ideen. Bei Davé kommt es vor allem darauf an, wie man über seine Tendenz, seine Vergangenheit denkt. Polizeirath Krüger hat von seiner Vergangenheit ein schwarzes Bild entworfen. Das sind aber nur Vermuthungen, und so lange man keine beweisen Thatsachen vorführt, muss man den Aussagen des Angeklagten Glauben schenken. Er hat in der Voruntersuchung auf seine Schriften außerordentlich gemacht; dieselben hätte man lesen müssen, um sein Denken und Fühlen kennen zu lernen. Seine Anschaungen sind von den Most'schen Anschauungen ganz verschiedene. Most habe sich Blanqui zum Vorbild gesetzt, der ein Konspirator war, Gruppen organisierte und bewaffnete, um mit einigen Tausend Mann das Stadthaus besetzen und einige Tage dekretieren zu können. Sobald aber die Regierung zur Belebung kam, wurde der Aufstand niedergeworfen und Blanqui in das Gefängnis geschickt. So ist es auch mit dem Treiben Most's. Davé fahrt die Sache viel tiefer auf, er will die Menschheit erziehen, also reformieren, woran Most gar nicht denkt. Davé ist sich klar, dass sein Ziel nur ganz allmälig erreicht werden kann. Aus der Geschichte hat er gelernt, dass dies nicht ohne Gewalt abgehen wird, aber er verabscheut die Gewalt. Er lässt sich deswegen aber nicht abhalten, für seine edlen Ziele zu wirken. Davé hatte durchaus kein Interesse daran, sich um die deutsche Reichsverfassung zu kümmern, weil er ein Belgier. Von ihm kann nur in einem einzigen Falle von einer Hilfeleistung zur vorbereitenden Handlung des Hochverrats die Rede sein. Wer Hilfe leistet, kann nur wegen Theilnahme bestraft werden, aber ein Versuch der Theilnahme ist nicht denkbar. Eine Ehrehaftigkeit kann nicht angenommen werden, weil eine vorbereitende Handlung überhaupt nicht vorliegt. Ich glaube, auch Davé ist frei zu sprechen. Er ist ein Idealist. Die Reichsanwaltschaft will auf Buchhaus erkannt wissen. Sollte eine Verurtheilung meiner Klienten dennoch erfolgen, so wird doch bei ihnen nicht das Vorhandensein ehrloser Geheimnisse angenommen werden können.

Oberrechtsanwalt Freiherr v. Seelenborn will eine Ergänzung der Anklagerede nicht geben, aber bewegt von dem tiefen Ernst der Sache, ergreift er das Wort und weist einige von der Vertheidigung gegen den Anklagebeschluß erhobener Angriffe zurück.

Nach einer Kontroverse zwischen der Reichsanwaltschaft und der Vertheidigung wird den Angeklagten das Schlusswort gegeben. Die Auslassungen derselben sind aber ohne Interesse. Ich denke eigentlich, Bismarck sei revolutionärer als mancher Sozialdemokrat, und deshalb wünsche er ihm noch eine lange Wirksamkeit. Davé leistet auf das Schlusswort Verzicht, da ihm nicht gestattet wird, in französischer Sprache zu reden.

Hierauf theilt Präsident v. Drenckmann mit, dass am Freitag Mittag um 12 Uhr das Urteil publiziert werden soll.

Schluss der Sitzung 4½ Uhr.

Vocales und Provinzielles.

Posen, 21. Oktober.

r. Zur Simultanschul-Frage. Der katholische Schulvorstand zu Sklaradovo im Kreis Krönen hatte sich früher damit einverstanden erklärt, dass eine neu zu schaffende vierte Stelle an dieser Schule mit einem evangelischen Lehrer besetzt werde. Nachdem er aber von den Gegnern der Simultanschule darüber „Aufklärung“ erhalten hatte, dass durch eine derartige Einrichtung die Schule zu einer Simultanschule umgestaltet werden würde, hat er nunmehr seinen ersten Beschluss umgestoßen und darum gebeten, dass der Schule der konfessionelle Charakter belassen werde. Wie man sieht, hat der Schulvorstand anfänglich also die Notwendigkeit selbst anerkannt, für die evangelischen Kinder, welche die Schule besuchen, einen evangelischen Lehrer anzustellen; erst jetzt hat er sich in Folge von Intrigen anders besonnen und verlangt, die königliche Regierung möge, wenn sie die Gemeinde Sklaradovo durchaus mit einem evangelischen Lehrer besiedeln wolle, doch anordnen, dass die evangelischen Kinder aus der katholischen Schule ausgeschlossen werden, damit der evangelische Lehrer ausschließlich am Wohle der Kinder seines Bekennens arbeiten könne!

Telegraphische Nachrichten.

Baden-Baden, 20. Oktober. Se. Majestät der Kaiser unternahm auch gestern Nachmittag im besten Wohlbefinden eine Spazierfahrt, speiste sodann mit Ihrer Majestät der Kaiserin allein und nahm Abends den Thee bei der Kaiserin ein. Die Abreise Sr. Majestät ist der anhaltend günstigen Herbstwitterung wegen abermals verschoben worden und dürfte erst in der nächsten Woche, vielleicht am 25. oder 26. d. Ms. erfolgen. Die Kaiserin besuchte im Laufe des gestrigen Tages den Bazar zum Besten der englischen Kirche.

Frankfurt a. M., 19. Oktober. Der deutsche Botschafter für Konstantinopel, Graf Hatzfeld, und der Botschafter für Petersburg, General v. Schweinitz, welche gestern hier ankamen und im „Hotel de Russie“ Aufenthalt nahmen, sind heute Abend nach Berlin abgereist.

Breslau, 20. Oktober. Ein Extrablatt der „Schlesischen Volkszeitung“ meldet, dass der Fürstbischof Dr. Förster heute Nachmittag 4 Uhr auf Schloss Johannesberg gestorben ist.

Wien, 20. Oktober. Die amtliche „Wiener Zeitung“ veröffentlicht ein Handschreiben des Kaisers, durch welches die Delegationen auf den 27. d. nach Wien einberufen werden.

Paris, 19. Oktober. Die Redner auf dem Meeting in Tivoli-Bauhall werden, wie es heißt, gerichtlich zur Verantwortung gezogen werden. — Der „Télégraph“ meldet, Léon Say habe heute Vormittag eine längere Unterredung mit Grévy, Gambetta eine solche mit Teiffenc de Bort gehabt. — Das „Sécu“ glaubt zu wissen, dass zwischen Grévy und Gambetta morgen oder in 2 bis 3 Tagen eine neue Unterredung stattfinden werde. — Der „France“ zufolge dachte Challemel-Lacour entfernt nicht daran, in die ministerielle Kombination einzutreten. — Das Finanz-Bulletin des „Temps“ sagt: Die unerwartete Höhe der Reports ist das Resultat bedeutender Stücklieferungen, zu welchem großer Verkäufer genötigt waren, um die Differenzen auf Valeurs zu bezahlen, hinsichtlich deren sie ungedeckt waren. Dieselben Spekulanten trugen ferner zur Erhöhung der Reports dadurch bei, dass sie Kapitalien aus dem Markt nahmen, während sie sonst solche vorzustrecken pflegten.

Paris, 19. Oktober. Aus Tunis vom 18. d. wird gemeldet, dass die telegraphischen Verbindungen zwischen Tunis und Agardimaou alsbald wieder hergestellt sein werden. — Aus Oran wird versichert, dass heute zu Gignig eine Unterredung zwischen Si Sliman Kaddur und Bou Amema stattgefunden habe.

London, 20. Oktober. Der katholische Erzbischof Croix in Cashel protestiert in einem Schreiben gegen das Manifest der Landliga und gegen den den Pächtern gegebenen Rath, überhaupt keine Pacht zu zahlen. Der Erzbischof verlangt Aufrichterhaltung der ursprünglichen Prinzipien der Landliga, wonach

den Pächtern empfohlen wurde, nur eine gerechte, billige Pacht zu zahlen und er spricht die Meinung aus, dass die absolute Verweigerung jeder Pacht, wie folge in dem Manifest vorgeschlagen werde, die Spaltung und die Niederlage der Liga herbeiführen werde.

Alexandrien, 19. Oktober. Das englische Panzerschiff „Invincible“ ist auf hiesiger Rède eingetroffen.

Yorktown, 20. Oktober. Der Präsident der Republik hat befohlen, dass am Schlusse der 100jährigen Jubelfeier die englische Flagge von den Geschützen der amerikanischen Truppen und der amerikanischen Kriegsschiffe mit einem Salut begrüßt werde. In dem bezüglichen Befehle heißt es, dass diese, als ein Zeugnis der zwischen England und den Vereinigten Staaten bestehenden freundschaftlichen Beziehungen anzusehende, Ehrenbezeugung zugleich das Vertrauen ausdrücken solle, dass der Friede und das gute Einvernehmen zwischen beiden Ländern Jahrhunderte lang dauern werde. Insbesondere aber wünsche der Präsident damit Zeugnis abzulegen von der großen Hochachtung, welche das amerikanische Volk für die Königin von England hegt.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. —

Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Oktober.

Datum Stunde	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. Grad.
20. Nachm. 2	757,5	N stark	bed. Regen ¹⁾	+ 4,8
20. Abends 10	756,4	N mäßig	bedekt	+ 4,5
21. Morgs. 6	753,7	N mäßig	bedekt	+ 3,7
¹⁾ Regenhöhe 1,6 mm.				
Am 20. Wärme-Maximum + 8° Cels.				
= Wärme-Minimum + 4° Cels.				

Wetterbericht vom 20. Oktober, 8 Uhr Morgens.

Ort.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. Grad.
Mullaghmore	755	D	6 wolfig	9
Aberdeen	769	DSO	6 Regen ¹⁾	9
Christiania	775	DOD	3 halb bedekt	8
Kopenhagen	770	D	6 bedekt	7
Stockholm	774	N	2 bedekt	4
Haparanda	780	DO	2 bedekt	1
Petersburg	762	N	1 halb bedekt	2
Gork Queenst.	751	DSO	8 wolfig ²⁾	10
Brest	750	SD	3 Regen ³⁾	6
Helder	765	D	3 wolfenlos	5
Salt	769	DOD	4 Nebel	6
Hamburg	767	still	1 Nebel ⁴⁾	6
Swinemünde	768	DOD	3 bedekt ⁵⁾	7
Reusfahrwasser	769	D	3 bedekt	5
Memel	770	DOD	3 halb bedekt ⁶⁾	3
Paris	—	—	—	—
Münster	765	DOD	2 Dunst	3
Karlsruhe	762	RD	2 wolfenlos ⁷⁾	1
Wiesbaden	763	RD	2 wolfenlos ⁸⁾	4
München	763	D	4 Dunst	-1
Leipzig	766	RD	1 Nebel	4
Berlin	766	N	1 Nebel ⁹⁾	7
Wien	764	W	1 Regen	4
Breslau	764	RW	2 Regen	6
Die d'Air	752	SD	4 Regen	16
Nizza	760	D	3 bedekt	10
Triest	765	still	wolfenlos	6

¹⁾ Seegang hoch. ²⁾ Große See. ³⁾ Große See. ⁴⁾ Gestern und Nachts etwas Regen. ⁵⁾ Nachts Regen. ⁶⁾ See ruhig. ⁷⁾ Reif. ⁸⁾ Nachts Reif. ⁹⁾ Mittags Regen.

Skala für die Windstärke:

1 = leicht Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch 6 = stark, 7 = steif, 8 = sturmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstenzone von Irland bis Ostpreußen, 3. Mittel-Europa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingehalten.

Übersicht der Witterung:

Eine Depression im Südwesten der britischen Inseln verursacht in Verbindung mit dem hohen Luftdruck, welcher langsam nordostwärts zum Ärmelmeer sich fortbewegt, über den britischen Inseln starke bis sturmische, über Dänemark starke östliche Winde, während im Binnenlande überall nur schwache Luftbewegung herrscht. Das Wetter über Zentral-Europa ist im Norden neblig, im Süden und Westen heiter, im Osten trüb, stellenweise regnerisch. Ähnlich im Nordosten ist die Temperatur im langsamen Steigen begriffen.

Deutsche Seewarte.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 20. Oktober Morgens 0,84 Meter.

= 20. : Mittags 0,84 :

= 21. : Morgens 0,84 :

Produkten-Börse.

Berlin, 20. Oktober. Wind: ND. Wetter: trockne und feucht. Weizen per 1000 Kilo loto 220—250 M. nach Qualität gefordert, kein gelb — M. ab Bahn bez., def. Poln. — M. ab Bahn per Oktober 238—229—231 bez., per Oktober-Nov. 228—226—226 bezahlt, per November-Dezember 225—224—224 bezahlt, per Dezember-Januar — M. bez., per Januar-Februar — M. bezahlt, per April-Mai 224—4 bezahlt, per Mai-Juni — M. bezahlt. Gekündigt 3000 Rentner. Regulierungspreis 231 Mark. — Rogenen per 1000 Kilo loto 192—196 Mark nach Qualität gefordert, neu inländischer 192—194 ab Bahn bezahlt, hochfeiner — M. ab Bahn bezahlt, Hammer — ab Kahn bezahlt, alter do. — M. ab B. bez. russischer — M. a. R. bezahlt, seiner — M. a. Bahn bez., defekter — M. ab Bahn bezahlt, per Oktober 192—3—2—1 bezahlt, per Oktober-Nov. 183—182—182 bez., per November-Dezember 178—177—177 bez., per Dezember-Januar — bez., per Januar-Februar — bez., per April-Mai 170—170 bez. Gekündigt 3 Tr. Regulierungspreis 54 M. — Leinöl per 100 Kilo loto 158—200 M. nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loto 150—172 M. nach Qualität gefordert, russischer 152—156 Mark bez., ost- und westpreußischer 154—160 Mark bez., pommerischer und Uckermark 154—158 Mark bez., schlesischer 155—160 M. bez., böhmischer 155—160 M. bez., kein weiß mecklenburgischer — ab B. bez., per Oktober 152—152 bez., per November-Dezember 149 M. bezahlt, per Nov.-Dezember 148 bez., — G. per Dezember-Januar — bez., per April-Mai 151—150 bezahlt, per Mai-Juni — bezahlt. Gekündigt 1000 Rentner. Regulierungspreis 151 Mark. — Getreide per 1000 Kilo Kochwaren 184—210 M. Futterware 165—183 M. — Mais per 1000 Kilo loto 149—155 nach Qualität gefordert, Oct. 149 M., Oktober-Nov. 149 M. bez., per Nov.-Dezember 148 bez., per April-

Mai 143—21 bezahlt. Gekündigt — Rentner. Regulierungspreis — M. — Weizenmehl per 100 Kilogramm brutto 90: 33,00—31,50 M. 0: 30,50—29,50 Mark, 0/1: 29,50—28,50 Mark. — Roggenmehl 1 ill. Sac 0: 28,00—27,00 Mark, 0/1: 26,50 bis 25,50 M. per Oktober 25,80—25,70 bezahlt, per Oktober-November 24,90—24,80 bezahlt, per November-Dezember 24,50—24,20 bezahlt, per Dezember-Januar — bezahlt, Januar-Februar — bezahlt, per April-Mai 23,30—23,25 M. bez., per Mai-Juni — bezahlt, per Juni-Juli — bez. Gekündigt — Rentner. Regulierungspreis 21 M. — Ölseife per 1000 Kilo Winterrapss — M. — Winterlinsen — M. — Rüben per 100 Kilo loto ohne Fas 54,2 M. mit Fas 54,5 M. bezahlt, per Oktober 54,5—54,7 bezahlt, per Oktober-November 54,5 bis 54,7 bezahlt, per November-Dezember 54,5—54,7 bezahlt, per Dezember-Januar —, per Januar-Februar — per April-Mai 55,9—56,1 bezahlt, per Mai-Juni 56,2 Mark bez., Anmeldungen — M. bez. Gekündigt 900 Tr. Regulierungspreis 54 M. — Leinöl per 100 Kilo loto — M. — Petroleum per 100 Kilo loto 25,3 M. per Oktober 24,8—24,7 bez., per Oktober-Nov. 24,8—24,7 bez., per November-Dez. 24,8—24,7 bez., per Dezember-Januar 25,3 M. bez., Januar-Februar — bez., per April-Mai — bez. Gekündigt — Tr. Regulierungspreis — M. — Spiritus per 100 Liter loto ohne Fas 52,1—52,0 bez., per Oktober 53,0—52,1—52,2 bez., per Oktober-November 52,2—51,6—51,8 M. bezahlt, per November-Dezember 51,5—51,2—51,3 bez., Dezember-Januar — bez., Januar-Februar — bez., Februar-März — bez., per April-Mai 52,5—52,2—52,3 bezahlt, per Mai-Juni — bez. Gekündigt 20000 Liter. Regulierungspreis 52,5 Mark. (B. B. 3.)

Stettin, 20. Oktober. [An der Börse.] Wetter: + 7 Gr. R. Barom. 28,3. Wind: Osten. Weizen fester, per 1000 Kilo loto gelber inländischer 230

bis 239 M. weißer 233 bis 241 M. bez., per Oktober 238,5 bis 240 Mark bz., per Oktober-November 229 Mark bz. G. per November-Dezember — Mark bezahlt, per April — Mai 225 B. 224,5 Mark Gd. — Roggen ein wenig verändert, per 1000 Kilogramm loto inländischer 185 bis 188 Mark, geringer — M. bezahlt, per Abfuhr von Libau — Pfd. trans. — M. eis. bez., per Oktober 188—189,5 M. bez., per Oktober-November 181—181,5 M. bezahlt, per November-Dezember 176—177—176,5 Mark bezahlt, per April-Mai 169 bis 168,5 Mark bezahlt, per Mai-Juni — M. bezahlt. Getreide ruhiger, per 1000 Kilo loto geringe 152—160 M. Brau- 165 bis 170 M. — Hafer unverändert, per 1000 Kilo loto alter pommerischer 150 bis 156 M. neuer 143 bis 152 M. bez. — Erbsen ohne Handel. — Mais ohne Handel. — Winterrüben fester, per 1000 Kilo loto 250 bis 257 Mark bez., feiner — M. bez. abgel. Anmeldung — M. bezahlt, per Oktober 255 M. B. per Oktober-November 253—254 M. bez., per April-Mai 266 M. B. 265 G. — Winterrapss per 1000 Kilo loto 256 bis 262 M. — Rüben fester, per 100 Kilo loto ohne Fas bei Kleingeflechten 55,5 Mark Br. mit Fas — M. bez., ohne Fas — M. Br., Anmeldungen — M. bez., per Oktober 53 M. B. per Oktober-November 55 M. B. per April-Mai 56 M. Br. — Spiritus flau, nahe Sichten schwer verkauflich, ver 10000 Liter-pfd. loto ohne Fas 51 Mark bezahlt, mit Fas — M. bez., per Oktober 52 M. bez., 51,8 M. B. do. ohne Fas 51,4 M. Br. per Oktober-November 51,7—51,4 M. bez. B. per Nov.-Dezember 50,8 M. bez., per April-Mai 52—51,6 Mark bz. Mai-Juni — Angemeldet: Nichts. — Regulierungspreise: Weizen 239 M. Roggen 189 M. Rüben 255 M. Rüben 55 M. Spiritus 52 M. — Petroleum loto 8,2 Mark trans. bez., Regulierungspreis 8,2 M. tr. alte Usanze 8,6 M. tr. November 7,9 M. tr. bez. Schmalz Wilcog 62 M. tr. bez. (Oft-Btg.)

Berlin, 20. Oktober. Die Nachrichten über den Verlauf der Mediolkündigung in Paris waren heut durchaus nicht befriedigend und übten auf die Haltung der hiesigen Börse um so mehr einen sehr herabstimmenden Einfluß, als dieselben begleitet waren von starken Verkaufs-Aufrägen in den Haupt-Spekulations-Papieren. Am hiesigen Markt haben die Geldverhältnisse eine Änderung nicht erfahren. Feinstes Banquierbriefe bedangen 5% pfd. und in Bezug auf das Ultimogeschäft läßt sich zur Zeit noch kein Urteil abgeben. Diskontore sind zurückhaltend, andererseits aber ist die Nachfrage noch ganz unbedeutend. Am heutigen Effeten-Verkehr überwog das Angebot bei Weitem, aber dies war in der Hauptsache eine Nebenwirkung der für Pariser Rechnung

ausgeföhrten Verkäufe, indeß mußte dies die Aufmerksamkeit der Spekulation doch in erhöhtem Grade erregt haben, denn es fanden sich Anfangs auch zu dem stark herabgesetzten Course keine Käufer. Erst nach und nach setzte sich die Ansicht fest, daß zu einer so gewaltigen Herabsetzung der Notirungen doch keine zwingenden Gründe geboten seien und es wurden darauf hin die niedrigeren Course zu Ankaufen benutzt. Dies hatte dann natürlich eine Besserung der Gesamtstimmung zur Folge. Von Einzelheiten des Verkehrs ist wenig zu berichten. Österreichische Kreditinstitute machten sehr bedeutende Courseschwankungen durch, ruhiger verhielten sich Franzosen, Lombarden setzten ihren bisherigen Rückgang weiter fort. Bergwerks-Papiere waren zu

Baup.-u. Aktien-Börse.

Bonn. v. B. L. 120/5	108,00 B
do. II. IV.	110,5 104,60 bz
Bonn. III. v. B. 100/5	100,10 bzB
Pr. C. S. S. B. v. B.	
do. do. 110 5	110,40 B
do. do. 115 4	106,90 bz
Pr. C. S. S. B. v. B. 100/5	106,40 bz
do. do. rück. 100 4	102,25 bz
Staats-Schuldsch. 99,00 bz	
do. (1872 u. 74) 4	99,10 B
do. (1872 u. 73) 5	
do. (1874) 5	
do. 100,20 bz	
do. 95,50 bz	
Pr. Hyp.-A. B. 120 4	107,00 B
Schlo. d. B. Kfm. 102,00 B	
Pfandbriefe:	
do. 107,50 bz	
do. 103,90 B	
do. 100,60 bz	
Kur. u. Neumärk. 95,70 bz	
do. neue 91,00 B	
do. 101,00 B	
R. Brandbg. Kred. 4	
Ostpreußische 91,00 bz	
do. 100,25 bz	
do. 103,50 bzG	
Krupp'sche Obligat. 5	

Inlandische Staats.

Amerif. gef. 1881 6	8
do. do. 1885 6	
do. Bds. (fund.) 5	
Norweg. Anleihe. 4	
Westnor. rittersch. 90,60 bz	
do. 100,40 B	
do. I. B. 100,40 B	
do. II. Serie 103,20 B	
Neuldb. II. Serie 100,20 bz	
do. 103,00 bzG	
Polenische, neue 100,00 G	
Sächsische 91,00 bz	
Pommersche 100,50 bz	
do. 101,50 bz	
Schlesische alt. do. alte A.	
do. neue I. 4	
Rentenbriefe: Kur. u. Neumärk. 100,50 bz	
Pommersche 100,20 bz	
Polenische 100,00 G	
Preußische 100,10 G	
Rhein. u. Westfäl. 100,90 B	
Sächsische 100,00 G	
Schlesische 101,00 bzG	
20-Frankfurt. 16,19 bzB	
do. 500 Gr. 1393,75 G	
Dollars 4,25 G	
Imperials do. 500 Gr.	
Engl. Banknoten 20,49 bz	
do. einschl. Lewa. 310,00 bzG	
Franzö. Banknot. 80,70 bzB	
Deutsch. Banknot. 172,80 bz	
do. Silbergulden 218,10 bz	
Russ. Noten 100 Rbl. 218,10 bz	
Deutsche Fonds. Dtsch. Reichs-Anl. 4101,50 bz	
P.-A. 55 a 100 Th. 3145,75 G	
Gess. Brscha 40 Th. 310,00 bzG	
Bab. Br.-A. v. 87. 4 134,75 B	
do. 35 f. Oblig. 216,00 bz	
Bair. Präm.-Anl. 4 136,00 B	
Braunsch. 20 Th. L. 103,00 bzB	
Brem. Anl. v. 1874 4 100,40 G	
Cöln-Md.-Br.-Anl. 3130,00 B	
Dess. St.-Br.-Anl. 3127,10 G	
Goth. Br.-Föd. 5 121,75 bzG	
do. II. Abth. 5 119,70 bzG	
Hamb. 50-Thlr.-L. 3 192,00 B	
Lübeck. Br.-Anl. 3182,90 bz	
Medeb. Eisenbahn. 3195,10 bz	
Weininger. Loose. 27,80 bzB	
do. Br.-Pföde. 4 120,30 bz	
Oldenburger Loose. 3 153,40 B	
D.-G.-C.-B.-Pf. 110 5 108,25 G	
do. do. 4 104,50 bzB	
Dtsch. Hypoth. unk. 5 104,40 bz	
do. do. 4 102,30 bz	
Reich. Hyp.-Pf. 4 102,50 B	
Arbd. Gdr.-P.-A. 5 100,25 G	
Vom Hyp.-Pf. 5	

Wertsch-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 L.	168,35 bz
do. 100 fl. 2M.	167,25 bz
London 1 Pfstr. 8 L.	20,44 bz
do. do. 2 M.	20,21 bz
Paris 100 Fr. 8 L.	80,50 bz
Blg. Btp. 100 fl. 8 L.	
do. do. 100 fl. 2 M.	
Wien öst. Währ. 8 L.	172,40 bz
Wien öst. Währ. 2M.	171,35 bz
Petersb. 100 R. 3 M.	216,85 bz
do. 100 R. 3 M.	214,25 bz
Warschau 100 R. 8 L.	217,45 bz

* Bausatz der Reichs-Bank für Wertsch. für Lombard 6½ pfd., Bausatz in Amsterdam 4, Bausatz in Brüssel 4, Frankfurt a. 4, Ham-

London 100 fl. 8 L.	168,35 bz
do. 100 fl. 2M.	167,25 bz
London 1 Pfstr. 8 L.	20,44 bz
do. do. 2 M.	20,21 bz
Paris 100 Fr. 8 L.	80,50 bz
Blg. Btp. 100 fl. 8 L.	
do. do. 100 fl. 2 M.	
Wien öst. Währ. 8 L.	172,40 bz
Wien öst. Währ. 2M.	171,35 bz
Petersb. 100 R. 3 M.	216,85 bz
do. 100 R. 3 M.	214,25 bz
Warschau 100 R. 8 L.	217,45 bz

* Bausatz der Reichs-Bank für Wertsch. für Lombard 6½ pfd., Bausatz in Amsterdam 4, Bausatz in Brüssel 4, Frankfurt a. 4, Ham-

burg — Leipzig — London 5, Paris 4, Petersburg 8, Wien 4 pfd.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. [E. Nösel] in Posen.

Münster-Hamm	4 99,50 G

<tbl_r cells="2" ix="1" maxcspan="1" maxrspan="1" usedcols="